

Kiffer, Kämpfer und Chaoten

Die (neue) Linke in Verfassungsschutzberichten

Zusammengestellt und kommentiert von

Heiner Busch

Verfassungsschutzbericht für 1969/70 – herausgegeben vom Bundesministerium des Innern –
«allgemeine Erkenntnisse»:

«In den Jahren 1969 und 1970 haben die kommunistischen Organisationen und die Gruppen der sog. „Neuen Linken“ die Versuche fortgesetzt, ihre Vorstellungen und Zielsetzungen in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland zu verbreiten und stärkeren Einfluss auf das politische Leben zu gewinnen. Die Erfolge sind jedoch hinter den Erwartungen der linksradikalen Gruppen weit zurückgeblieben.»

Der verbotenen KPD und ihren Nachfolgeorganisationen nachzuspüren – das war die wichtigste Aufgabe des Verfassungsschutzes, als die Welt noch einfach war und auch in der Linken noch Ordnung und Disziplin herrschten.

Mit dem Ende der 60er Jahre kam auch das Ende der Einfachheit. Die moskautreuen Kommunisten blieben dem Verfassungsschutz erhalten. Sie hatten gerade ihre neue, nunmehr legale Partei gegründet. Die DKP. Die konnte sich verstellen, wie sie gerade wollte, die Sache war klar:

«Die Deutsche Kommunistische Partei bekennt sich zu den Lehren von Marx, Engels und Lenin als Richtschnur ihres Handelns. Die DKP vermied es dabei, Begriffe und Formulierungen zu verwenden, die seinerzeit zum Verbot der KPD beigetragen hatten, so z.B. „Diktatur des Proletariats“ und „proletarische Revolution“. Offiziell trat die DKP für die Errichtung einer „realen“ („antiimperialistischen“) Demokratie ein, die sie auf dem Wege über einer „revolutionär-demokratische“ Umgestaltung der Gesellschaft erreichen will. Die „Zwischenetappe“ strebt sie zunächst an, weil sie sich darüber klar ist, dass der Sozialismus kommunistischer Prägung sich bei den derzeitigen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland nicht mit einem „Sprung“ verwirklichen lässt. Für das Endziel, eine „sozialistische Umwälzung“, meldet die DKP aber ihren totalen Machtanspruch an.»

Verstellen half also nichts. Der Verfassungsschutz hatte nicht nur die Partei selbst im Blick, sondern auch ihre «Nebenorganisationen» – die SDAJ, die Jungen Pioniere, den MSB-Spartakus – und die beeinflussten Organisationen, von denen der Verfassungsschutz mit den Jahren immer mehr fand: die Vereinigung Demokratischer Juristen, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), die Deutsche Friedensunion, die Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner und die diversen Komitees und Unionen, wie auch immer sie heißen mochten.

Viel schwieriger hatte man es da mit der Neuen Linken.

«Die „Neue Linke“ bietet das Bild starker organisatorischer Zersplitterung. Ihre Massendemonstrationen gingen zurück, jedoch nahmen Gewaltaktionen und Terror kleinster Gruppen zu. Gegenüber der ideologischen Vielfalt von einst haben die marxistisch-leninistischen Richtungen Boden gewonnen.»

Starke organisatorische Zersplitterung. 1973 musste der Verfassungsschutz da folgendes berichten:

«Die organisatorische Entwicklung der Fraktion „Roter Morgen“ (RM) der KPD/ML (Zentralorgan: „Roter Morgen“) und ihrer Jugendgruppe „Rote Garde“ wurde begünstigt durch den völligen Verfall der Konkurrenzfraktion „Rote Fahne“ der KPD/ML und ihrer Jugendorganisation „Kommunistischer Jugendverband Deutschlands“ (KJVD). Der von ihrem Gründer Ernst Aust geführten KPD/ML (RM) ist es gelungen, einen Teil der Gruppen, Mitglieder und Anhänger der zerfallenen Fraktion in die KPD/ML (RM) einzugliedern. Es gibt im Übrigen Anzeichen dafür, dass das Vermögen der Fraktion „Rote Fahne“ auf die KPD/ML (RM) übergegangen ist. Sie ist damit wieder zur stärksten Gruppe der KPD/ML geworden und hatte Ende 1973 schätzungsweise 700 Mitglieder, denen etwa 300 weitere Mitglieder der „Roten Garde“ hinzuzurechnen sind. Die von der KPD/ML (RM) propagierte Vereinigung aller „Marxisten-Leninisten“ in der KPD/ML ist aber ausgeblieben.»

Immerhin: Mit einer ordentlichen Grundschulung im Maximus-Lenimus war das alles ja noch zu verstehen. Die Lehren von Marx, Engels, Lenin, jene von Stalin, Mao Tsetung und Enver Hoxha, und wenn nicht dann eben die von Trotzki. Partei, Jugendverband, Studentengruppe, Zentralorgan ...

Aber wer versteht die «undogmatische Neue Linke», die 1976 erstmals so im Verfassungsschutzbericht auftaucht?

«Die schwer überschaubare undogmatische linksextremistische Bewegung besteht nach wie vor aus zahlreichen, meist kleinen Gruppen – oft nur lockere kurzlebige Zusammenschlüsse ohne feste Mitgliedschaft und Programm –, die die bestehende soziale und politische Ordnung revolutionär beseitigen wollen. Sie lehnen die marxistisch-leninistische Konzeption ab und treten für Autonomie, Spontaneität und Selbstorganisation der „Unterdrückten“ ein, von denen sich einige deshalb ausdrücklich Spontangruppen oder „Spontis“ nennen.»

Und in der «Anmerkung» heißt es weiter:

«Neben dieser undogmatischen extremistischen Linken gibt es Gruppen, die auf den gleichen Aktionsfeldern – häufig mit ähnlichen Namen (Initiativen, Basisgruppen, usw.), Aktions- und Organisationsformen – wirken, ohne dabei verfassungsfeindliche Ziele zu verfolgen.»

1977 wird es dann mit den undogmatischen Neu-Linken ganz bunt:

«Ihre Buntscheckigkeit illustrierte der Aufruf einer linksextremistischen „Alternativzeitung“; er wandte sich u.a. an die „Militanten, Stadtindianer, Lesben“, die „Sozialisten, Makrobioten, Ökologen“, die „Fantasten, Fortschrittsgegner, Kiffer, Kämpfer und Chaoten“.»

Die linksextremistische Alternativzeitung, der Pflasterstrand aus Frankfurt/Main, wurde eine Weile zu dem Referenzorgan der Verfassungsschützer. Und den zitierte der Verfassungsschutz auch um die «Vielfalt der Organisationen der undogmatischen „Neuen Linken“» zu demonstrieren:

«Es gibt Wohngemeinschaften, Kneipen, Landkommunen, Kollektive von Anwälten, Sozialarbeitern, Lehrern, Kindergärtnerinnen. Es gibt alternative Werkstätten und hundert Alternativzeitungen, Männer- und Frauengruppen, Versuche, eine andere Medizin, Ernährung und Ökologie zu entwickeln, es gibt Buchläden und Zentren ...»

Wer soll da nachkommen? Aber weiter im Text:

«Die zahlreichen Gruppen ... haben mindestens zweierlei gemeinsam: die oft bis zum Ekel und Hass gesteigerte Ablehnung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, die sie zerstören wollen, und die Ablehnung des „dogmatischen, bürokratischen“ Marxismus-Leninismus. Sie verneinen die Reformierbarkeit der demokratischen Ordnung, wollen sie deshalb zersetzen und zerstören; sie nennen als Endziel meist nur eine vage rätesozialistische Perspektive. Ihre häufig zynische Verachtung der bestehenden politischen und gesellschaftlichen Formen und Werte schlug sich erneut in zahlreichen Publikationen wie z.B. dem unter dem Pseudonym „Mescalero“ veröffentlichten Buback-Nachruf nieder.»

Und weiter:

«Zu den undogmatischen Linksextremisten gehören Anhänger eines nicht-dogmatischen „wissenschaftlichen Sozialismus“, Sozialrevolutionäre verschiedenster Schattierungen bis hin zu den Anarchisten. Die Mehrzahl der linksextremistischen undogmatischen Gruppen befürwortete im Berichtsjahr eine „fröhliche Revolte“ oder eine „fröhliche Militanz“ und lehnte deshalb die Terroranschläge der „Stadtguerilla“ ab; gleichwohl haben die Publikationen der „fröhlichen“ Gruppen häufig durch primitive Politpornographie, infamen „Politulk“ und grobschlächtigen Stil dazu beigetragen, bei ihren Anhängern die Hemmungen gegenüber Gewaltanwendung abzubauen.»

1978 – Das herausragende Ereignis für die Alternativbewegung sei 1978 ein «Nationaler Widerstandskongress: Reise nach Tunix» gewesen, heißt es im Verfassungsschutzbericht. <http://www.taz.de/!5187819/>

Und an dem wollten *«die etwa 6000 Teilnehmer erörtern ... , wie sie das „Modell Deutschland“ zerstören und durch Tunix ersetzen könnten. Tunix ähnelte teilweise einem Happening. Parolen wie „Es wird krachen, wir werden die Stadt zur Wiese machen“, „Siemens wird brennen und anderes auch“ wurden verbreitet.»*

Währenddessen geht die Zeit der ML-Gruppen ihrem Ende entgegen, hat aber immer noch Berichtenswertes für den Verfassungsschutz parat: So zum Beispiel, dass die KPD *«unverändert den „bürgerlichen Staatsapparat“ mit seinem „degenerierten“ Parlamentarismus zerschlagen»* wollte. *«Im Juni besuchte eine Delegation des KPD-Zentralkomitees China; sie wurde auch von dem Vorsitzenden der KP Chinas Hua Kuo Feng empfangen.»*

Derweil, so teilt uns der Verfassungsschutz ebenfalls mit, distanzierte sich die KPD/ML *«von Mao Tsetung, dem sie Fehler vorwarf und den Rang eines „Klassikers“ des Marxismus-Leninismus aberkannte. Erneut kritisierte sie die Entwicklung in China als „revisionistisch“ und bekannte sich zur „führenden Rolle“ der „Partei der Arbeit Albaniens“ (PAA). Mehrere KPD/ML-Delegationen reisten nach Albanien, dem „Vaterland aller Werktätigen“.»* Glücklicherweise ist das alles ordentlich vom Verfassungsschutz dokumentiert worden. Ob die wohl mit in Albanien waren?

1979 treiben die Alternativen ihren gefährlichen Politulk weiter:

«Mit „kontinuierlichen spontanen Aktionen“, einer breit gefächerten „Basis des Widerstands“ und dem Aufbau einer „Gegenkultur“ durch „Einnisten“ in den „Spalten, Ritzen und Freiräumen“ der Gesellschaft soll deren „Zerfallsprozess“ beschleunigt werden; eine Forderung ist, „bestehende Machtverhältnisse auf allen möglichen Ebenen anzugreifen, öffentlich in den Dreck zu ziehen, lächerlich zu machen, zu zersetzen“. Nach wie vor wurden auch Stimmen laut, die das „Zersetzen“ mit dem „Zerschlagen“, d.h. die militante Aktion mit der „militärischen“ der „Stadtguerilla“ verbinden wollen.»

Die 80er Jahre beginnen. Und ein neues Gespenst geht um in den Verfassungsschutzberichten: Die Autonomen, sie tauchen erstmals 1981 im Bericht auf und zwar als

«anarchistische Gruppierungen, deren Anhänger sich als Autonome bezeichneten und sich u.a. bei Hausbesetzungen und Protesten gegen technische Großobjekte zu gewalttätigen Aktionsformen bekannten.»

Und wie schon ein paar Jahre zuvor bei den «Spontan-Gruppen» sucht der Verfassungsschutz Aufklärung in den Publikationen. Da sind die Communiqués der «Guerilla diffusa» oder «Vollautonom», Organ von – ja wenn man das wüsste. Da finden sich dann «Thesen zu „Anarchie als Minimalforderung“» in der «radikal» usw.

«Man kämpfe „nicht für ideologien, nicht fürs proletariat, nicht fürs volk“, man führe „keine stellvertreterkriege“, alles laufe „über eigene teilnahme“, „politik der ersten Person“. Marxismus, Sozialismus und Kommunismus seien – da auf den Staat orientiert – für die autonome Bewegung nicht akzeptabel ...» und alles wird auch noch kleingeschrieben.

Das Bild ist mal wieder sehr diffus:

«Dabei propagierten die einen die offene Konfrontation mit der Staatsgewalt durch Parolen wie „Tod dem Schweinesystem“, „Staat verpiss dich“, „Anarchie ist machbar“, „BRD-Mörderstaat“ und „Bullen raus“. Das „atomprogramm, der drohende weltkrieg, startbahn-west usw.“ seien nur zu ändern „mit der abschaffung des systems und dem aufbau einer herrschaftslosen gesellschaft“. Einzelne kamen sogar zu dem schluss, die „autonome bewegung“ sei bereits in die „phase konkreter SABOTAGE und alltäglicher SUBVERSION“ getreten. Andere hingegen blieben unschlüssig, ob nicht statt „Revolution“ die „permanente Revolte und Rebellion“ anzustreben sei. Dem „System“ sei zwar überall „punktuell gegenmacht“ entgegensetzen, diese dürfe jedoch nie „totalisieren“ oder selbst zur Institution werden. Wieder andere beschrieben ihre Aktionen – Brandanschläge auf Banken, Sparkassen und öffentliche Gebäude als „bloße Reaktion“»

Dann gibt es aber nicht nur diese autonomen Anarchisten, sondern auch noch die der Graswurzelbewegung <http://www.graswurzel.net/>, die dann zur großen Verwirrung behaupten, dass sie «gewaltfrei» agieren.

«Ziel der „Graswurzelbewegung“ ist es, in einer „gewaltfreien Revolution“»

– das steht doch zu Recht in Anführungszeichen –

«durch „Macht von der Basis her“ den „mit Gewaltmitteln ausgestatteten Staatsapparat“ abzuschaffen und durch eine „dezentralisierte Gesellschaftsordnung“, basierend auf „Selbstregulierung oder Anarchie“ zu ersetzen. Anhänger anarchistischer „Gewaltfreier Aktionsgruppen“ propagierten einen „staatsfeindlichen und aggressiven zivilen Ungehorsam“ ... Nach der Reaktorkatastrophe im sowjetischen Tschernobyl erklärte die Redaktion der Graswurzelrevolution, der „Widerstandsfall“ sei eingetreten: Aktionen am Bauzaun des Kernkraftwerks Brokdorf (am 7. Juni) solle man mit einem „geschlossenen Ring“ schützen. »

Dennoch: Unter den noch ein paar Jahre zuvor als undogmatisch bezeichneten Linksextremisten sind es die Autonomen, die dem Verfassungsschutz das größte Kopfzerbrechen bereiten.

«Die zahlreichen ... autonomen Gruppen folgen diffusen anarchistischen und nihilistischen Ideen. Nur wenige bemühen sich um klare ideologische Positionen. Oft reicht den Anhängern ein „Grundgefühl“ gemeinsamer militanter „Antistaatlichkeit“. ... Die Anwendung von Gewalt sehen viele Autonome nicht nur als Mittel im politischen Kampf, sondern auch als Hilfe für das eigene „Feeling“.»

Und der Bericht zitiert das autonome Szeneblatt - «TOT ODER LEBENDIG» vom Oktober 1986:

«„Der Stein schafft das Bewusstsein ... Dies gilt nicht nur für jene, die der Stein trifft, es gilt vor allem auch jenen, die den Stein werfen. Wer Steine und Mollis gegen alles das wirft, was uns täglich knechtet, spürt die Befreiung – die ganz individuelle aber auch die kollektive Befreiung.“»

1987 erfährt man mehr:

«Autonome fallen durch eine fast einheitliche schwarze Kleidung auf. Sie treten bei Kundgebungen und Demonstrationen häufig blockweise auf. Die militanten Autonomen verumummen sich dabei oft, vor allem mit sogenannten Hasskappen: schwarze Masken, die oft nur Augen freilassen. Vor allem diese Maskierung trägt dazu bei, das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den militanten Autonomen zu stärken und deren Aggressivität zu steigern.»

Eine hellsichtige Analyse – zwei Jahrzehnte vor der Diskussion um das Burkaverbot. Und weiter geht's:

«Hilfe für die Verwirklichung ihrer sozialrevolutionären Anliegen suchten diese Autonomen bei Arbeitslosen, Leiharbeitern oder Jobbern ... Geradezu als lebenswichtig für ihr Streben nach Unabhängigkeit sehen die Autonomen den Besitz von Häusern» –

nein ich habe mich nicht verlesen –

«... den Besitz von Häusern und anderen „autonomen Zentren“ an. Nur hier glauben sie die notwendigen Freiräume für ihr selbstbestimmtes Leben zu finden»

Und 1989:

«Autonome finden sich oft in horden- oder cliquenähnlichen Gruppierungen zusammen, weil das „Hausen in Horden“ soziale Kontrolle verhindere. Solche Zusammenschlüsse existieren inzwischen in den meisten größeren Städten.»

Und 1993:

«Der Zulauf zu autonomen Gruppierungen hielt an. Verluste durch „Rückzug ins Private“ füllen sich seit Jahren kontinuierlich wieder auf.»

Und 1994

Autonome «kennen keine verbindlichen Entscheidungsstrukturen ... Organisationsform ist die – häufig wechselnde – Kleingruppe. Autonome betreiben auch – anders als die meisten übrigen linksextremistischen Gruppen – keine gezielte Nachwuchswerbung, keine Schulungsveranstaltung für Neulinge und Interessenten. Wer aufgenommen werden will, muss sich selbst um Kontakte und Akzeptanz bemühen.»

Auch für Verfassungsschutz und Polizei gilt: Alles muss man selber machen. Niemand lädt die V-Leute einfach so ein. Und auch bei den Demos gibt es keine klaren Beschlüsse der Plena.

«Am Ende steht ... die Bekräftigung, „alle Aktionsformen“, also auch militante, zu akzeptieren.»

Sie merken es: Wir sind in einer neuen Zeit angekommen. Deutschland ist vereint, aber die Linksextremisten gibt es immer noch: Es gibt die undurchsichtigen Autonomen, es gibt neue und alte K-Gruppen, es gibt Troztkisten, die sich mit Stalinisten vereinigt haben. Es gibt die DKP, die MLPD und es gibt nun auch die PDS.

Sie ist ein Verdachtsfall, so steht es im Verfassungsschutzbericht für 1991:

«Die Verdachtsmomente, dass von der PDS verfassungsfeindliche Bestrebungen ausgehen, wurden auch 1991 nicht entkräftet.» Und das nicht nur wegen ihrer Kontinuität zur DDR-Staatspartei SED. «Als Strömungspartei bündelt die PDS unterschiedliche Richtungen, darunter Linksozialisten, Troztkisten und sonstige Marxisten-Leninisten. Die Marxistisch-leninistische Ausrichtung der Kommunistischen Plattform in der PDS begründet Verdachtsmomente, die eine Prüfung, ob tatsächliche Anhaltspunkte gemäß § 4 Bundesverfassungsschutzgesetz vorliegen, gesetzlich vorschreiben.»

Solche Anhaltspunkte gab es auch noch 2003 nach der Verabschiedung des neuen Programms. Und überwacht wird auch heute noch. Die Partei heißt zwar jetzt «Die Linke» und Bodo Ramelow konnte klagen, so lange er wollte. Überwacht wird weiterhin.

Im Bericht für 2011 schreibt das Bundesamt:

«Die Partei bezieht sich ausdrücklich positiv auf „linke“ bzw. linksextremistische Traditionen, insbesondere auf die kommunistische Arbeiterbewegung, die sozialistischen Theoretiker Karl Marx und Friedrich Engels, die am 17. August 1956 durch das Bundesverfassungsgericht verbotene „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) sowie deren Gründer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Das Programm enthält nunmehr eine ausdrückliche Bezugnahme auf das „Manifest der Kommunistischen Partei“ (1848).»

Na wenn das kein Linksextremismus ist – was dann?

Und was gab es sonst noch in dieser neuen Zeit?

Richtig, das Internet. Für 2002 vermeldet der Verfassungsschutzbericht:

«Gruppen und Personen aus linksextremistischen Zusammenhängen greifen inzwischen verstärkt auf das Internet zurück. ... Im „World Wide Web“ werden Informationen auf eigenen Homepages bereitgestellt, von denen oft über Links (das sind automatische Verknüpfungen) andere – auch im Ausland eingestellte – Homepages abrufbar sind ... Fast alle größeren linksextremistischen Organisationen wie die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP), die „Marxistisch-leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) und die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ), aber auch viele autonome Gruppen, u.a. die „Autonome Antifa (M)“ aus Göttingen und das „Autonome Zentrum Hamburg“, nutzen inzwischen das Internet. Auch Publikationen wie die Berliner Szenezeitschrift „Interim“ oder die „Antifaschistischen Nachrichten“ können sowohl als aktuelle als auch als archivierte Ausgaben abgerufen werden. Die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) hat ihre Homepage weiter ausgebaut. Bisher nutzt sie das Internet überwiegend zur Selbstdarstellung ... Linksextremisten agieren bei der Nutzung der neuen Kommunikationsmedien zumindest in Teilbereichen konspirativ. So gelangen insbesondere im persönlichen „E-Mail“-Bereich Verschlüsselungsprogramme und -techniken zum Einsatz»

Und sonst: wie üblich viele Demonstrationen und viel Bewegung. Allerdings lassen sich dabei die Böcke und die Schafe, die Linksextremisten und die Nicht-Extremisten, nicht so einfach voneinander trennen.

Das ist schon 1993 ein Problem:

«Eng verbunden mit dem „Antifa“-Kampf war für Autonome das Thema „Antirassismus“ und Asylpraxis. Politiker und Betreiber von Sammellagern gerieten in das Visier gewalttätiger Linksextremisten. Zum Tag der parlamentarischen Entscheidung – die Szene sprach vom „Tag X“ mobilisierten „außerparlamentarische Aktionsgruppen und unabhängige Flüchtlingsgruppen gegen die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl“ zu einer effektiven Blockade des Bundestages. Den Kern dieses Aktionsbündnisses bildeten etwa 1500 Personen aus dem autonomen/antiimperialistischen Spektrum; hinzu kamen deutlich mehr als 1000 „traditionelle“ Linksextremisten, aber auch Nichtextremisten.»

oder 1997:

«Der Frankfurter Rhein-Main-Flughafen – in der Sprache der Linksextremisten eine „Menschensortieranlage und Drehscheibe der Abschiebemaschinerie“ war 1997 erneut Ziel „antirassistischer“ Agitation von Angehörigen vor allem der regionalen autonomen und antiimperialistischen Szene. Am 1. März führten sie dort einen „Aktionstag“ durch, an dem sich auch Nichtextremisten beteiligten.»

oder 1998

«Gruppen und Personen aus der autonomen/antiimperialistischen Szene beteiligten sich – zum Teil in verantwortlichen Positionen – an der Kampagne „Kein Mensch ist illegal“, die überwiegend von demokratischen Gruppen und Initiativen getragen wird.»

Nicht anders sieht es aus im Aktionsfeld Umweltschutz – hier ein Beispiel von 1997:

«Für viele militante Linksextremisten blieb der Kampf gegen Kernenergie und Atommülltransporte – das „Einklinken“ in die in ihrer großen Mehrheit nichtextremistische Anti-AKW-Bewegung – ein zentrales Aktionsfeld. Dabei betrachteten sie diesbezügliche Besorgnisse in der Bevölkerung – zumeist unter taktischen Gesichtspunkten – als Ansatzpunkt für ihre Agitation. Sie legten es darauf an, Betroffenheit und Ängste zu schüren und auf diese Weise das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie und den Rechtsstaat zu untergraben.»

Das änderte sich auch nicht nach dem Atomkonsens im Jahre 2002:

«Im Gegenteil, weite Teile der linksextremistischen Anti-AKW-Szene lehnen diese Vereinbarung ab; von Etikettenschwindel und einem völligen Kotau der Grünen vor der Atomlobby wurde gesprochen und eine neue Phase des außerparlamentarischen Widerstands angekündigt.»

Selbst bei den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 fanden sich Nichtextremisten:

«Am 2. Juni 2007 beteiligten sich etwa 30.000 weit überwiegend nichtextremistische Personen (Veranstalter: 60-80.000) unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ an einer „internationalen Großdemonstration“ in Rostock. ... Am 6./7. Juni 2007 beteiligten sich bis zu 9.000 Menschen (Organisatoren: 13.000) an „Massenblockaden“ auf den Zufahrtswegen nach Heiligendamm. Den Teilnehmern dieser Blockaden, zu denen das IL-Mitgliedsgruppen dominierte Bündnis „Block G8“ aufgerufen hatte, gelang es, zwei Hauptzugangswege nach Heiligendamm zumindest vorübergehend zu sperren.»

IL – Interventionistische Linke (<http://interventionistische-linke.org/>) – das kam hier noch nicht vor. Dabei handelt es sich um «Postautonome», wie man zum Beispiel im Bericht für 2014 nachlesen kann:

«Das mit der Parole „Wir sind die Steineschmeißer und die Abwiegler in einem“ auftretende Netzwerk befindet sich in einem Transformationsprozess hin zu einer Organisation und wendet sich „an alle, die sich mit Lust und Ernsthaftigkeit auf einen kollektiven, organisierenden und radikalen Prozess einlassen wollen, mit dem Ziel die Marginalisierung und Machtlosigkeit der Linken zu überwinden. Obgleich immer wieder eine Kooperation innerhalb der „radikalen Linken“ propagiert wird und von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit von post-trotzkistischen, post-autonomen, post-maoistischen und post-stalinistischen Gruppen“ gesprochen wird, bleiben die Spaltungslinien, insbesondere zwischen Postautonomen und Antiimperialisten, unübersehbar.»

Aber weiter zu den Aktionsfeldern der Linksextremisten – Antirepression, Antifaschismus, Antirassismus ... hier der Bericht von 2012:

«Der Kampf gegen „staatliche Repression“ hat für gewaltbereite Linksextremisten einen besonders hohen Stellenwert. Im Jahr 2012 agitierten sie intensiv in Wort und Tat gegen den Staat und seine „Handlanger“. In einem Aufruf autonomer Gruppen aus Berlin von Ende Oktober 2012 werden z.B. Polizei und Behörden als „Repressionsapparat“ diffamiert, der zur Aufrechterhaltung der „falschen Gesellschaft“ dient. ... Wesentlich befördert wurden die Aktivitäten gewaltbereiter Linksextremisten in diesem Aktionsfeld durch das Bekanntwerden der Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) im November 2011: Insbesondere die behaupteten Verstrickungen der Sicherheitsbehörden, namentlich von Verfassungsschutz und Polizei, in die Verbrechen wurden von der Szene aufgegriffen.»

Und 2013 stellt der Verfassungsschutz klar:

«Die „antifaschistischen“ Aktivitäten von Linksextremisten zielen nur vordergründig auf die Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen. Eigentliches Ziel ist der bürgerliche Staat, der in der Lesart von Linksextremisten den „Faschismus“ als eine mögliche Herrschaftsform akzeptiere und ihn deshalb nicht ausreichend bekämpfe.»

Sie sehen es: Linksextremisten sind hinterhältige Zeitgenossen, die sich nur zum Schein in die vielleicht im einen oder anderen Fall legitimen Bemühungen der nichtextremistischen Bevölkerung einmischen, aber nur um ihr eigenes staats- und gesellschaftsfeindliches Süppchen zu kochen.

Zum großen Glück hat das Bundesamt für Verfassungsschutz diese Hinterhältigkeit seit langem erkannt und bietet jetzt in einem ganz wichtigen Bereich seine Hilfe an:

«Wie erkenne ich extremistische und geheimdienstliche Aktivitäten?», heißt die allerneuste «Handreichung für Flüchtlingshelferinnen und -helfer», die das BfV herausgegeben hat:

«Linksextremistisch motivierte Personen und Organisationen beteiligen sich an der Betreuung von Flüchtlingen in Flüchtlingsunterkünften und verteilen Spenden an Schutzsuchende. Hiermit sollen nicht Flüchtlinge geworben oder rekrutiert werden; vielmehr geht es Linksextremisten um eine propagandistische Instrumentalisierung ihrer Flüchtlingsunterstützung. Diese ist Teil ihrer Kampagnen im Aktionsfeld „Antirassismus“, die den deutschen Staat durch den Vorwurf der strukturellen, rassistisch motivierten Benachteiligung von Zuwanderern delegitimieren soll, um so die Notwendigkeit seiner Beseitigung verdeutlichen zu können. Dem angeblichen „Rassismus“ von Staat und Behörden stellen sie ihre scheinbar selbstlosen Hilfeleistungen entgegen, die die „Ideale“ der von ihnen angestrebten „gerechteren“, tatsächlich jedoch autoritären Staats- und Gesellschaftsordnung versinnbildlichen sollen.»

Damit ist doch alles klar. Oder?

Komitee für Grundrechte und Demokratie
Aquinostr. 7-11
50670 Köln
0221 - 9726930
info@grundrechtekomitee.de
www.grundrechtekomitee.de